

„Wollt ihr den Strauß?“

Die Grünen formierten sich zur Bundespartei

Schon vier Prozent für die Grünen, errechneten Wahlstrategen, könnten Franz Josef Strauß zur Kanzlerschaft verhelfen — die neue Partei nimmt den Sozialliberalen mehr Stimmen weg als der Union. Vor allem die SPD sorgt sich um ihre Jungwähler und wachsenden Zulauf der Grünen aus den Gewerkschaften.

Eine richtige Partei wollten sie werden mit Satzung, Programm und Vorstand, wie es sich gehört. Und noch ein bißchen mehr, nämlich, so die Präambel zur Satzung, „die grundlegende Alternative zu den herkömmlichen Parteien“.

Zumindest in einer Hinsicht wurden Westdeutschlands Grüne auf ihrem Karlsruher Gründungskongreß dem hehren Anspruch gerecht: Chaotischer ging's nimmer.

Daß sie am vorletzten Sonntag schließlich doch noch den formellen Beschluß über die Formierung der Bundespartei „Die Grünen“ zuwege

tausend Abgeordneten immer wieder bestätigte, wie erfreulich diszipliniert sie sich doch verhielten.

Den großen Aufbruch markierte der Kongreß gewiß nicht, und auch der „historische Kompromiß“ zwischen Konservativen und Sozialisten unter dem grünen Banner, den der in Karlsruhe in die Bewegung eingetretene DDR-Systemkritiker Rudolf Bahro so herbeisehnt, blieb rein formal.

Gar zu bunt erscheint die neu gegründete Partei, deren Spektrum vom äußersten linken Rand über den DDR-Philosophen Wolfgang Harich bis zu den intern „Öko-Faschisten“ genannten

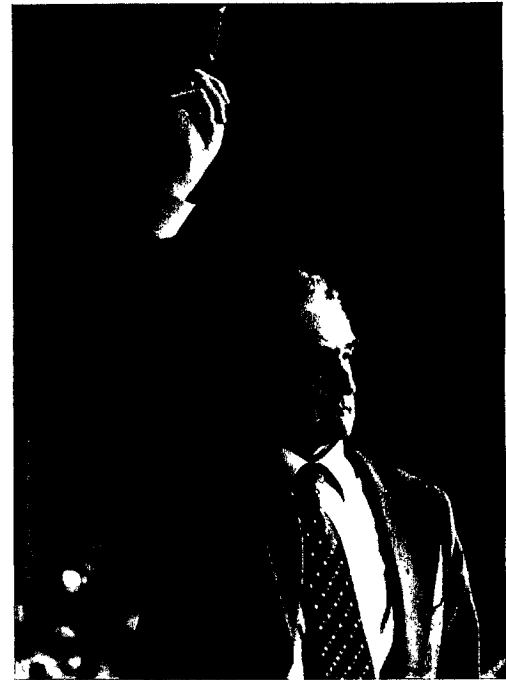
Blut-und-Boden-Reaktionären reicht, als daß sie auf längere Sicht Bestand haben dürfte. So hatten es die Gemäßigten um den kommissarischen Vorsitzenden und Bundestagsabgeordneten Herbert Gruhl (vormals CDU) oder den Öko-Bauern Baldur Springmann schon schwer, den eigentlich selbstverständlichen Beschluß gegen die Linken im Saal durchzusetzen, daß Mitglied bei den Grünen nur sein kann, wer keiner anderen Partei angehört.

Zwar wurde der betreffende Satzungsparagraph 2, gemünzt auf organisierte Bunte, Alternative und K-Grüppler vor allem in Nordrhein-Westfalen, Hamburg und Berlin, mit 548 gegen 414 Stimmen verabschiedet. Doch tags darauf beschloß die Versammlung, die Regelung der Mitgliedsmodalitäten auf unbestimmte Frist den Landesverbänden zu überlassen.

Den Antrag des baden-württembergischen Vorsitzenden Wolf-Dieter Hasenclever, daß die Landessatzungen eines Tages der Bundessatzung anzupassen seien, bügelten die Delegierten gleich mit weg. Ein aufgebrachter Vorkämpfer aus Bayern: „Jetzt schmeiß' ich hin.“ Gruhl: „Nein, du bleibst, die anderen müssen raus.“

Die aber sind größtenteils noch gar nicht drin. So drangen in Karlsruhe 254 „autonome“ Delegierte von Bunten und Alternativen Listen auf stimmberechtigte Teilnahme am Gründungskongreß. Sie wurden zwar per Mehrheitsbeschluß vor die Video-Leinwand im benachbarten Theatersaal verbannt.

Doch mit dem Satz, den Gruhl zur Abwehr der linken Attacke sprach, mag er sich durchaus auch als Prophet ausgewiesen haben. „Sie können“, rief er den Autonomen zu, „ab morgen, übermorgen, tagtäglich eintreten und uns bei der nächsten Bundesversammlung überstimmen.“



Parteigründer Gruhl

„Die anderen müssen raus“

Kaum auszudenken, was die Versammlung noch alles geboten hätte, wäre ihr die Zeit geblieben, auch in die Programmdiskussion einzusteigen. Das soll auf einem weiteren Parteitag bis spätestens Ende März nachgeholt werden.

Der „Süddeutschen Zeitung“ jedenfalls genügte schon das zweitägige Satzungs-Tohuwabohu zu dem vernichtenden Resümee: „Wer den Gründungskongreß der Grünen in allen Phasen erlebt hat, dem muß die Vorstellung, die Entscheidung über eine neue Regierung, ja gar die innen- und außenpolitische Handlungsfähigkeit einer Bundesregierung solle im Zweifel von dieser Organisation abhängen, grelle Alpträume verursachen.“

Anlaß zur Sorge haben vor allem die Sozialliberalen. Wenn auch SPD-Bundesgeschäftsführer Egon Bahr letzte Woche die Mutmacher-Parole verkündete, die Partei-Ökologen seien „zum Scheitern verurteilt“, wenn auch SPD-Chef Willy Brandt über das Karlsruher Partei-Unikum spottete und der Vorsitzende der FDP-Bundestagsfraktion Wolfgang Mischnick befand, der Parteitag habe bewiesen, daß „weiterhin unter so manchem grünen Mäntelchen eine rote Weste“ stecke — für die Bonner Wahlstrategen gilt nach wie vor: „Es kann knapp werden im Herbst“ (ein SPD-Analytiker).

Die simple Rechnung der Sozialliberalen für Bonn: Ein Grünen-Ergebnis um die vier Prozent würde die Schwelle für die absolute Mehrheit der Bundestagsmandate so weit senken, daß Franz Josef Strauß sogar Kanzler werden könnte, wenn er bis zu anderthalb Prozentpunkte weniger erhält als 1976 Helmut Kohl (48,6 Prozent). Egon Bahr: Die Grünen „sind objektiv dabei,



SED-Dissident Bahro
Historischer Kompromiß?

brachten, verdankten sie nicht zuletzt dem Fahrplan der Bundesbahn. Ein Hamburger Delegierter hatte zur Eile gemahnt, weil die norddeutschen Gesinnungsfreunde ihren Zug nicht verpassen wollten.

Vorangegangen war eine zweitägige Debatte über nichts als die Satzung. Eher einer Studentenversammlung aus den besten Tagen der Apo denn einem Parteikonvent ähnelnd, lieferten sich Grüne, Bunte, Alternative, Linke und Rechte erbitterte Wort- und Abstimmungsgefechte. Mehr Beschwörung als Tatsachenfeststellung war es, wenn das Tagungspräsidium den in der Karlsruher Stadthalle zusammengepfachten



Künstler Beuys
„Es gibt keinen Unterschied mehr“

die Rolle jener Vierten Partei zu übernehmen, die der CSU-Vorsitzende Strauß als entscheidende Voraussetzung seiner eigenen Erfolgsaussichten als Kanzlerkandidat genannt hat“.

Entsprechend zurückhaltend zeigen sich die Unionschristen — mehr als ein paar rhetorische Pflichtübungen über rote Unterwanderung bei den Umweltschützern sind von ihnen nicht zu vernennen. „Daß sich in der Union mit dem Thema ‚Grüne‘ eine gewisse Hoffnung verbindet, ist unbestreitbar“, räumt der Vorsitzende der Jungen Union, CDU-MdB Matthias Wissmann, ein. Ein CSU-Spitzenmann: „Die meisten bei uns leben richtig auf durch die Entwicklung der Grünen.“

Zwar haben die Öko- und Alternativen Listen den Christdemokraten bislang in keinem Bundesland zu neuer Macht verholfen, dafür aber der SPD und vor allem der FDP schon manchen Strich durch die Rechnung gemacht. In Hamburg und Niedersachsen kegelten sie 1978 die Liberalen aus dem Parlament. In Schleswig-Holstein brachten Grüne die Sozialliberalen um die Chance, den CDU-Ministerpräsidenten Gerhard Stoltenberg zu kippen.

Und nach einem beachtlichen Europa-Ergebnis (bundesweit: 3,2 Prozent) bewiesen sie in Bremen, mit dem Ex-Sozialdemokraten Olaf Dinné an der Spitze, daß auch bei Landtagswahlen Stimmen für die Grünen nicht unbedingt verschenkt sein müssen. Seit dem 7. Oktober sitzen vier der Ihren in der Bürgerschaft, die SPD rettete mit knapper Not ihre absolute Mehrheit.

Nun schicken sich Grüne sogar an, erstmals in das Parlament eines Flächenstaates einzuziehen: Umfragen der

SPD und der Staatskanzlei des CDU-Ministerpräsidenten Lothar Späth machten sie für die baden-württembergische Landtagswahl oberhalb der Fünf-Prozent-Marke aus — ohne bisher allerdings die FDP zu gefährden.

Daß sich ein solcher Erfolg ausgerechnet im Stammland des sozialdemokratischen Chef-Ökologen und Landesvorsitzenden Erhard Eppler ankündigt, birgt innerparteilichen Zündstoff. Längst schon streuen Genossen, unter ihnen Kanzler Helmut Schmidt, Eppler habe die Grünen unfreiwillig herbeigeredet, indem er ihnen „immer wieder bestätigte, was für prima Ideen sie doch im Grunde haben“ (SPD-MdB Wolfgang Roth).

Die guten Chancen der Umweltschützer aus Deutsch-Südwest haben freilich vielschichtiger Ursachen. Der jugendliche Grünen-Vorsitzende, der Ex-Sozialdemokrat Wolf-Dieter Hasenclever (FDP-Generalsekretär Günter Verheugen: „Ein herausragender Mann“), repräsentiert den mit über 2000 Mitgliedern größten und wohl bestorganisierten Landesverband der neuen Bundespartei.

Sauber abgegrenzt gegen Links- und Rechtsradikale kann die Truppe zudem auf die „individualistische, manchmal auch eigenbrötlerische Mentalität der Schwaben“ (Wissmann) bauen, von der in der Vergangenheit Freie Wählergemeinschaften profitierten — zumal die absolute Mehrheit der CDU (1976: 56,7 Prozent) ohnehin nicht gefährdet sein dürfte.

Sicher ist, daß eine Öko-Fraktion im Stuttgarter Landtag mehr noch als



DDR-Philosoph Harich
Grundlegende Alternative?

in Bremen auf Grün-Sympathisanten mobilisierend wirken wird. Schon nach den Wahlen in der Hansestadt zogen die Grünen bei Umfragen bundesweit vorübergehend um ein Prozent an.

Gleichwohl bereiten die nächsten Landtagswahlen am 27. April im Saarland zumindest den SPD-Planern keine Sorgen. Ein Wahlforscher der Bonner Parteizentrale: „Das Saarland hat für Grüne eine ungünstige Struktur: hoher Katholiken-Anteil und hoher Anteil gewerkschaftlich organisierter Arbeitnehmer.“

Die Nagelprobe auf die Attraktivität der Umweltschützer-Bewegung und auf ihr Stehvermögen gegenüber den geschmähten „Etablierten“ aber kommt spätestens am 11. Mai bei den als Bun-



Bremer Abgeordneter Dinné
Ein Prozent mehr

des-Test geltenden Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen.

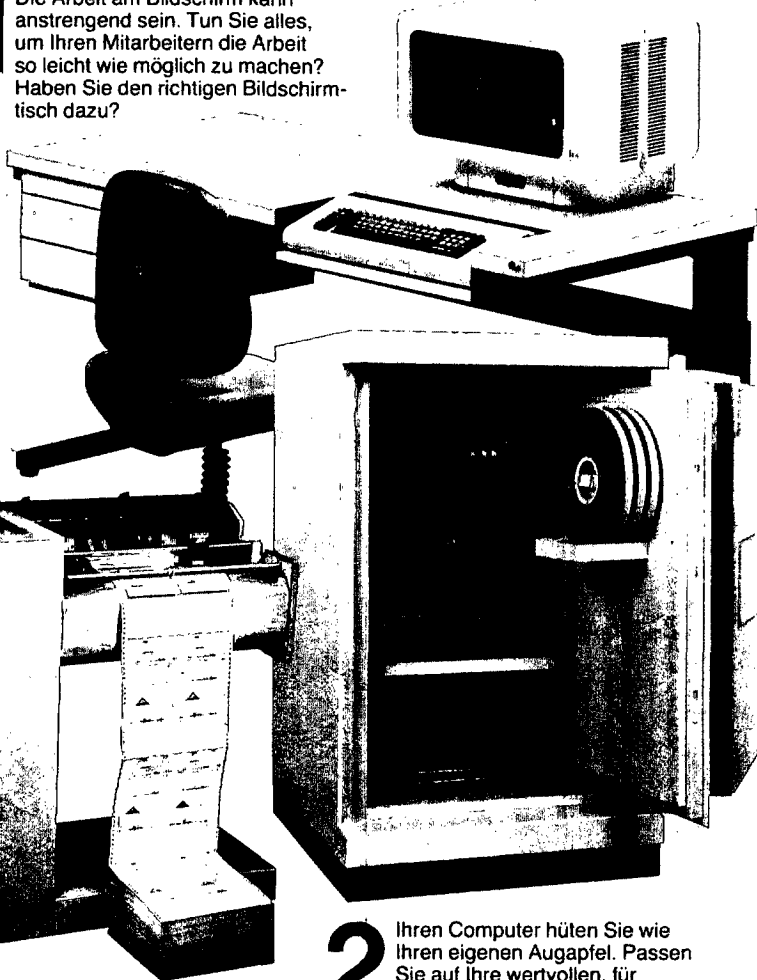
Kaum hatte sich dort Mitte Dezember letzten Jahres der grüne Landesverband gebildet, gab SPD-Geschäftsführer Rainer Maedge auch schon die Marschrichtung bekannt. „Wir werden die Gretchenfrage stellen“, drohte er der Konkurrenz, „und knallhart fragen: ‚Wo steht ihr eigentlich?‘ Die Grünen ließ er gleich wissen, was ihnen beim Wahlkampf im Mai sonst noch blüht: „Die Frage nämlich: ‚Wollt ihr den Strauß?‘“

Mit dem Plan, bei der Landtagswahl im volkreichsten Bundesland die Kanzlerfrage zu stellen, wollen die Sozialdemokraten einen hohen Mobilisierungsgrad ihrer Stammwähler in der Arbeiterschaft erreichen und gleichzeitig die grünen Neulinge an ihrer empfindlichsten Stelle treffen: am mangelnden bundespolitischen Profil.

Denn so imposant sich die zuweilen zweistelligen Prozentzahlen der Protestwähler etwa bei den NRW-Kom-

Das brauchen alle, die einen Computer haben.

1 Die Arbeit am Bildschirm kann anstrengend sein. Tun Sie alles, um Ihren Mitarbeitern die Arbeit so leicht wie möglich zu machen? Haben Sie den richtigen Bildschirmstisch dazu?



risto

3 Ihr Drucker spuckt im Laufe eines Tages eine ganze Menge aus. Werden die Endlosformulare auch schnell und preiswert weiterverarbeitet (separieren, schneiden, kuvertieren)? Oder legen Sie selbst noch mühsam Hand an?

2 Ihren Computer hüten Sie wie Ihren eigenen Augapfel. Passen Sie auf Ihre wertvollen, für Ihr Unternehmen überlebenswichtigen Daten (Debitoren etc.) genauso sorgfältig auf? Haben Sie diebstahl- und feuersichere Schränke dafür?

RISTO
Herbert Holderegger GmbH
Postfach 654
D-7410 Reutlingen
Tel. (0 71 21) 730 23-25
Telex 729 643

Fordern Sie die Info-Mappe vom großen deutschen Anbieter von EDV-Zubehör an.

Senden Sie mir Ihre Info-Mappe umgehend zu

Absender: _____



risto
ist alles um den
Computer herum

munalwahlen im vergangenen September auch ausnahmen — ihre Spitzenergebnisse erzielten die Grünen in der Regel lediglich dort, wo sie — zusammen mit Bürgerinitiativen — lokal begrenzte Umwelt-Kampagnen führten.

Daß die Sozialliberalen indes wohl auch längerfristig beim — bundesweit auf zwei Prozent veranschlagten — harten Kern der Grünen verspielt haben, diese Erkenntnis hat sich längst durchgesetzt: Freidemokrat Verheugen hält es etwa für „zwecklos“, sich noch um „die radikalen Kernkraftgegner zu kümmern“. Selbst die Jungsozialisten, die wacker für einen Ausstieg aus der Atomwirtschaft streiten, haben nach dem Kernenergie-Beschluß des Berliner Parteitages eher Schwierigkeiten, ihre Truppen bei der Stange zu halten, denn Chancen, abgedriftete Jungwähler zurückzuholen.

Nichts aber beunruhigt die SPD mehr als die scheinbar unaufhaltsame Auszehrung ihres spätestens seit dem Wahlerfolg Willy Brandts 1972 für sicher gehaltenen jungen Stammpublikums. In Bremen beispielsweise votierten rund 15 Prozent der 18- bis 24-jährigen grün.

Ähnliche für die SPD alarmierende Ergebnisse zeigt eine Analyse der Wahlen zum Abgeordnetenhaus und den Bezirksparlamenten in Berlin. Dort wählten im März letzten Jahres, so konstatierte der Sozialwissenschaftler und SPD-Bundestagsabgeordnete Nils Diederich, zwölf bis fünfzehn Prozent der unter 30jährigen die Alternativen.

Als besonders erschreckend wertet der Wahlkampforganisator die Erkenntnis, daß die Berliner Protestler beachtlichen Zulauf auch aus dem Gewerkschaftsbereich hatten, vor allem aus den in der ÖTV organisierten Angehörigen von Sozialberufen. Der Berliner meint, die Tendenz sei auch auf die Ballungszentren des Bundesgebiets übertragbar. Der Genosse: „Wenn das so weitergeht, frage ich mich, wo die Partei überhaupt noch ihren Nachwuchs herkriegern will.“

Einem Großteil dieser Wähler, von den organisierten Grünen ganz zu schweigen, ist es auch gleichgültig, ob in Bonn nun Helmut Schmidt regiert oder Franz Josef Strauß. In den Debatten auf dem Karlsruher Kongreß fiel der Name des Bayern gar nicht. Nur am Rande sprach der Künstler und NRW-Delegierte Joseph Beuys aus, was viele denken: „Politisch gibt es für uns da keinen Unterschied mehr.“

Wahlentscheidend für die Koalitionäre in Düsseldorf und Bonn wird es daher sein, ob es ihnen gelingt, von jenen sieben Prozent der bundesdeutschen Wähler, die sich eine Stimmabgabe für die Grünen vorstellen können, mindestens vier Prozent auf ihre Seite zu ziehen.

Vier Tage nach der Grünen-Gründung am Donnerstag letzter Woche



Gründungsparteitag der Grünen in Karlsruhe: Zwei Tage Tohuwabohu

verkündete denn auch der SPD-Arbeitskreis Ökologie seine „Doppelstrategie“ (Arbeitskreis-Wortführer Freimuth Duve): Eine „Öko-Lobby“ in Partei und Parlament soll nach außen deutlich machen, daß sich, bei genügend Nachdruck, ökologische Positionen innerhalb der SPD durchsetzen lassen.

Die Aussichten, die Grün-Sympathisanten, unter denen sich viele kritische Wechselwähler befinden, noch einmal für die Sozialliberalen und Schmidt keilen zu können, sind dabei keineswegs schlecht.

Denn mit der Gründung ihrer Bundespartei und dem damit verbundenen Anspruch, künftig auch in Bonn mitreden zu können, haben sich die Grünen selbst auf ein Terrain begeben, auf dem mehr verlangt wird als bloß Ökologisches. Und was sie bislang an Aussagen zur Gesamtpolitik fabriziert haben, ist bestenfalls harmlos, meist aber widersprüchlich.

Da wird im Programmwurf einerseits die fortschreitende Automatisierung beklagt. Andererseits hält die „durch den Einsatz moderner Technologien“ erreichte Arbeitsproduktivität her für einen kompletten Katalog sozialpolitischer Forderungen — von der Verkürzung der Arbeitszeit „bei vollem Lohnausgleich“ bis hin zur „Herabsetzung der flexiblen Altersgrenze“.

Als Waffe gegen wirtschafts-, finanz- und währungspolitische Probleme gilt den grünen Theoretikern die „ökologisch-soziale Gleichgewichtswirtschaft“, was immer das sein mag. In der Agrarpolitik liebäugeln sie mit Autarkie-Ge-

danken: Nur die gewiß gesündere, aber auch mit geringeren Erträgen arbeitende, „ökologische und damit von Einfuhr und Industrie weitgehend unabhängige Landwirtschaft“, heißt es da frohgemut, „kann im Falle einer Versorgungskrise eine ausreichende Versorgung der Bevölkerung sicherstellen“.

Ein nachgerade groteskes Sammelsurium von Platiniden ist der welt- und außenpolitische Teil des Programmwurfs mit Kernsätzen wie: „Die neue Außenpolitik der Grünen zielt auf den Abbau der alten Konfrontationen.“ Als einen der „ersten notwendigen Schritte einer aktiven deutschen Friedenspolitik“ lehnen sie nicht nur die „Produktion und Stationierung von Nato-Mittelstreckenraketen“ ab, sondern fordern, als könne der Bundestag das beschließen, gleich auch die „Abschaffung der Warschauer-Pakt-Mittelstreckenraketen“.

„Die haben doch programmatisch nichts drauf“, folgert ein Bonner SPD-Wahlkampfplaner, „da sind sie zu paken“ — und dies um so besser, je mehr „das Thema Friedenssicherung in den Vordergrund rückt, denn das ist bei den Sympathisanten der Grünen mindestens so hoch besetzt wie die Ökologie“.

Erhard Eppler bestreitet den Umweltschützern mittlerweile sogar Fähigkeiten auf deren ureigenstem Interessensfeld. Der SPD-Präsident: „Der Beschluß des Berliner Parteitagés zu einer ökologisch orientierten Wirtschaftspolitik ist umfassender und präziser als alles, was ich bisher von grünen Gruppen gehört habe.“



Goldkörner leichter auf als anderswo...

Well es mehr davon gibt. Verbürgt, bis zu 25 % Finanzhilfe auf die Investitionssumme. Nur sehr wenige Standorte bieten das. Fassen Sie Fulda ins Auge, wenn Sie einen Betrieb errichten oder verlagern wollen.

Weitere Vorteile!
 - Industriepark Fulda-West mit 100 ha Nettofläche Industrie- und Gewerbeland (Größen von 5' bis 50.000 qm).
 - Äußerst günstige Konditionen.
 - Für Erschließung ist alles vorgesehen, was gebraucht wird. Arbeitskräfte (auch Facharbeiter) bekommen Sie hier immer noch besser als anderswo.

Fulda - kürzeste Verbindung zwischen Süden und Norden.
 BAB Hannover-Kassel-Würzburg mit zwei Anschlußstellen. Bahnstation für Intercity und D-Züge. Stückgut- und Containerbahnhof. Flughafen Frankfurt 100 km nah.
 In Jossa (nur 20km entfernt) Sonderlandeplatz. In und um Fulda sind vor allem heimisch die Textilindustrie (Branchenführer) die chemische und elektrotechnische Industrie, Maschinenbau, Bekleidungsindustrie und andere.
 209 Industriebeschäftigte auf 1.000 Einwohner. 60.000 Einwohner führen in Fulda ein lebenswertes Leben. Attraktives Kulturangebot - viele Sportmöglichkeiten. Wohnungen und Baumöglichkeiten vorhanden. Ausgebautes Schul- und Berufsschulsystem (5 Gymnasien!).
 In Fulda gibt es keine dicke Luft. Rhön und Vogelsberg als Freizeitgebiete in der Nähe.

Fulda - die lebendige Barockstadt.
 Tempo - aber keine Hetze,
 Tradition - aber kein alter Zopf.

Fulda

liebenswert-lebenswert

Fragen Sie nach Details:
 Magistrat der Stadt Fulda
 Stadtentwicklung -
 Wirtschaftsförderung
 Stadtschloß - 6400 Fulda
 Telefon (06 61) 10 23 57

